



Antrag

der Fraktion der FDP

Rechtsfreie Räume verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um rechtsfreie Räume in Schleswig-Holstein zu verhindern und der Bildung von religiös und weltanschaulich motivierten Parallelgesellschaften entgegenzuwirken.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf:

- die Landespolizei sowohl sächlich als auch personell für die Bewältigung der steigenden Herausforderungen für die Innere Sicherheit zu stärken. Hierfür ist perspektivisch der Aufbau mindestens einer Einsatzhundertschaft in zentraler Lage vonnöten;
- in den Erstaufnahmeeinrichtungen eine Missachtung unserer rechtsstaatlichen Grundsätze oder Gewalttaten konsequent mit rechtsstaatlichen Mitteln zu verfolgen;
- Vorschlägen eine klare Absage zu erteilen, wonach Flüchtlinge in den Unterkünften nach Religionen oder Ethnien getrennt werden sollen;
- den Verfassungsschutz personell und sächlich in die Lage zu versetzen, wirksam gegen Aktivitäten verfassungsfeindlicher Organisationen grundsätzlich – und im Speziellen im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften – vorzugehen.

Begründung:

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 15. Oktober 2014 festgestellt, dass die Allgemeinheit ein berechtigtes Interesse daran habe, der Entstehung von religiös

oder weltanschaulich motivierten „Parallelgesellschaften“ entgegenzuwirken und Minderheiten zu integrieren.

Dr. Ekkehard Klug
und Fraktion